

Niederschrift

**über die 9. - öffentliche - Sitzung des Kreistages des Landkreises Friesland
am Mittwoch, 2. Oktober 2013, im Saal des „Haus des Gastes“ in
Wangerland-Horumersiel, Zum Hafen 3**

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 15.35 Uhr

Anwesend sind:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Brunken, Rainer
Burgenger, Uwe
Buß, Manfred
Böcker, Rudolf
Bödecker, Anne
Chmielewski, Iko
Eilers, Claus
Gburreck, Fred
Gerdes-Borreck, Matina
Harms, Siegfried
Husemann, Horst-Dieter
Just, Janto
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kujath, Dörthe
Kühne, Lars
Loers, Diedrich
Neugebauer, Axel
Nieraad, Peter
Onnen-Lübben, Reinhard
Ostendorf, Heinrich
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd
Polenz, Dirk von
Ralle, Elfriede
Ramke, Michael
Ratzel, Gerhard
Recksiedler, Raimund
Schlieper, Ulrike
Sieckmann, Heinke
Tammen, Reiner
Vehoff, Frank
Wilken, Wilhelm
Zillmer, Dirk

Angehörige der Verwaltung

Gerdes, Gerda

Janßen, Reent

Vogelbusch, Silke

anwesend nur in der öff. Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Kreistagsvorsitzender Pauluschke hieß alle Anwesenden herzlich willkommen.

Namens der Gemeinde Wangerland begrüßte KTA und stellv. Bürgermeister Reiner Tammen die Kreistagsmitglieder und wünschte der Sitzung einen guten Verlauf.

- - - - -

Herr Pauluschke bat die Sitzungsteilnehmer, sich von den Plätzen zu erheben. Er erinnerte sodann an den am 19. September 2013 verstorbenen Kreistagsabgeordneten und früheren stellv. Landrat Erich Janßen aus Cäciliengroden und verlas einen Nachruf. Erich Janßen bleibe in Erinnerung als ein liebenswerter Kollege, der seine Meinung fernab von jeglichem Fraktionszwang unbeirrt vertreten habe. Gleichwohl zeichneten ihn zu jeder Zeit Solidariät und Loyalität gegenüber Partei und Kreistagsfraktion aus. - Die Anwesenden gedachten ihres ehemaligen Kreistagskollegen in einer Schweigeminute.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr Pauluschke stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Kreistagsabgeordneter Just hinterfragte, warum als Tagungsort Horumersiel gewählt wurde, obwohl möglicherweise zum TOP „Kreiszuschuss Dangast“ die Teilnahme von Einwohner/innen aus Varel zu erwarten gewesen sei. Im Grunde wäre ein Sitzungsort im Südkreis angeraten gewesen.

Landrat Ambrosy erklärte, zum Zeitpunkt der Einladung sei die Verwaltung davon ausgegangen, dass die Beschlussfassung zur Schulentwicklungsplanung erfolge und viele potenzielle Zuhörer/innen einzukalkulieren seien. Die Wahl des Sitzungsortes sei auf Horumersiel gefallen, da man hier über einen der größten Säle im Kreisgebiet verfüge. Nach Versendung der Einladung sei der Punkt „Schulentwicklungsplanung“ von der Tagesordnung abgesetzt worden.

Herr Pauluschke teilte mit, dass folgende Kreistagsmitglieder nicht zugegen seien: Heide Bastrop, Dieter Janßen, Ewald Spiekermann, Gustav Zielke, Karl-Heinz Funke, Wilfried Rost, Jens Damm und Thomas Busch. Ferner fehlte Kreistagsabgeordneter Lies.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Punkte 6.3.5 „Schulentwicklungsplanung“ (gem. Empfehlung aus Schul- und Kreisausschuss) und 6.3.8 „Heranziehungssatzungen SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz“ (Beratung in der Runde der HVB am 07.10.) wurden von der Tagesordnung abgesetzt.

Die insofern gekürzte Tagesordnung wurde einstimmig festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 25. Juni 2013

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde nicht in Anspruch genommen.

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 14. August 2013:

TOP 6.1.1 Ausschuss der Regionen der EU; Vorschlag der Landesregierung zur Berufung von Landrat Sven Ambrosy zum stellv. Mitglied für die Mandatsperiode bis 2015 Vorlage: 0320/2013

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 14.08.2013 zur Kenntnis und fasste folgenden ...

Beschluss:

Die Entsendung von Landrat Sven Ambrosy als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss der Regionen der EU für die Mandatsperiode bis 2015 wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Benutzung des Dienstwagens mit Fahrer gegen Kostenerstattung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Auf Nachfrage erklärte der Landrat, die Beschlussfassung beziehe sich auf die Nutzung des Dienstwagens und lege eine vollständige Kostenerstattung zu Grunde. Davon sei auszugehen; die ggf. zu erwartende Km-Pauschale sei angesichts niedriger monatlicher Leasingraten des Pkw absolut auskömmlich.

TOP 6.1.2 Liveübertragung von Kreistagssitzungen ins Internet **Vorlage: 0324/2013**

Auf TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 14. August 2013 wird Bezug genommen.

Kreistagsabgeordneter Just berichtete von einer aktuell über Facebook gegebenen Anregung eines Schortenser Forums. Da die Übermittlung per Livestream bei wechselnden Sitzungsorten technische Probleme mit sich bringe, werde von dort eine Aufzeichnung von Sitzungen vorgeschlagen. Diese Mitschnitte könnten über das Internet verlinkt werden. Von Vorteil sei, dass diese Beiträge nicht an einen Live-Abruf gebunden und auch im Nachhinein noch abrufbar seien. Wechselnde Sitzungsorte wären kein Problem. Die Presse könne zudem im Rahmen ihrer Berichterstattung auf interessante Beratungen aufmerksam machen. Bürger/innen erhielten so evtl. einen Anstoß, sich Beiträge gezielt im Internet anzuschauen. In Schortens sei diese Möglichkeit durch die Liveübertragung nicht gegeben.

Er bitte, so Herr Just, diesen alternativen Vorschlag und den damit verbundenen Aufwand zu prüfen, bevor man eine Übertragung von Kreistagssitzungen von vornherein völlig ausschließe. - KTA Chmielewski unterstützte den Vorschlag.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke nahm die Anregung auf und ließ in diesem Sinne abstimmen:

Beschluss:

Auf die Liveübertragung der öffentlichen Kreistagssitzungen per Internet wird verzichtet. Alternativ wird die Kreisverwaltung gebeten, den sächlichen und kostenmäßigen Aufwand für eine Aufzeichnung von Sitzungen und eine Verlinkung ins Internet zu ermitteln und über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung

TOP 6.1.3 Annahme und Vermittlung von Zuwendungen gemäß § 111 Abs. 7 NKomVG; hier: diverse Zuwendungen in 2011 und 2012 **Vorlage: 0328/2013**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.3 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 14. August 2013 zur Kenntnis und fasste folgenden

Beschluss:

Der Annahme und Verwendung der über 2000,00 Euro liegenden Zuwendungen 2011 und 2012 von insgesamt 82.028,67 € wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.1.4 Finanzbericht der Kreisverwaltung zum 2. Quartal 2013

Der Kreistag nahm den Finanzbericht zur Kenntnis.

TOP 6.1.5 Schoon ./i. Kreistag des Landkreises Friesland (Kenntnisnahme des OVG-Beschlusses vom 29.07.2013)

KTA Ratzel hinterfragte den Inhalt des zugrunde liegenden Verfahrens.

Landrat Ambrosy erklärte, es handle sich um einen Wahleinspruch von Herrn Schoon gegen die Kommunalwahl 2011; Herr Pauluschke erläuterte, Herr Schoon habe sich in der Ausübung seiner Kandidatur behindert gefühlt. Die Gemeinde Zetel befasse sich mit einem entsprechenden Verfahren auf Gemeindeebene.

Ergänzender Hinweis der Verwaltung:

Im Rahmen der konstituierenden Kreistagssitzung vom 2. November 2011 war über zwei Wahleinsprüche zu entscheiden:

a) Wahleinspruch Wilm Müller:

Seinen Wahleinspruch hatte Herr Müller damit begründet, dass die Wahlbewerber auf den Stimmzetteln nur mit Vor- und Nachnamen und ohne Namenszusätze wie „Herr“, „Frau“, „Fräulein“ oder „Person“ bezeichnet sind. Damit verstoße das Wahlverfahren gegen die Würde der Wahlbewerber sowie auch der Wähler, so dass Herr Wilm Müller nicht an der Wahl teilnehmen konnte.

Herr Müller begründete seinen Wahleinspruch damit, dass die Stimmzettelgestaltung nicht den geforderten Angaben entspricht, weil ein Anrede-Zusatz fehlt, um die Wahlbewerber eindeutig als Person zu identifizieren (zu näheren Details sh. Vorlage Nr. 1002/2011).

Der Einspruch wurde vom Kreistag als unbegründet zurück gewiesen.

b) Wahleinspruch Jürgen Schoon

Seinen Wahleinspruch hatte Herr Schoon damit begründet, dass man ihn daran gehindert habe, vor dem Rathaus der Gemeinde Zetel Wahlwerbung als Kandidat durchzuführen und dadurch die Wahl sowie das Ergebnis manipuliert seien.

Nach Aussage der Gemeinde Zetel erfolgte die Untersagung der Wahlwerbung jedoch lediglich vor dem unmittelbaren Zugang zum Bürgerbüro. Zu dem Zeitpunkt der Wahlwerbung durch Herrn Schoon hatten bereits die Briefwahlen begonnen. Das Bürgerbüro der Gemeinde Zetel ist somit als Wahlraum zu betrachten. Gemäß § 33 Absatz 2 NKWG ist die Wahlwerbung u.a. unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude, in dem sich der Wahlraum befindet, verboten. Somit war die Untersagung der Wahlwerbung im Eingangsbereich des Bürgerbüros durch die Gemeinde Zetel rechtmäßig (Weitere Ausführungen sind der Vorlage Nr. 1010/2011 zu entnehmen.).

Der Kreistag hat diesen Wahleinspruch am 02.11.2011 ebenfalls zurück gewiesen. Das Verwaltungsgericht Oldenburg hat entsprechend entschieden. Das OVG Lüneburg hat nunmehr beschlossen, den Antrag von Herrn Schoon auf Zulassung der Berufung gegen das VG-Urteil zu verwerfen.

Der Kreistag nahm den Wortlaut des OVG-Beschlusses vom 29.07.2013 (Unterlage zu TOP 3.1.5 der KA-Sitzung vom 14.08.2013) zur Kenntnis.

**TOP 6.1.6 Antrag des Oldenburgischen Jugenderholungswerkes e.V. auf Unterstützung der Sanierungsmaßnahmen
Vorlage: 0331/2013**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses – sh. TOP 3.1.6 der KA-Niederschrift vom 14.08.2013 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Dem Oldenburgischen Jugenderholungswerk e.V. wird für die geplanten Sanierungsmaßnahmen am Erholungsheim auf Wangerooge ein Zuschuss von bis zu max. 25.000 € gewährt unter der Maßgabe, dass sich auch die übrigen Mitglieder des OJE in entsprechender Höhe beteiligen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

TOP 6.2 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 11. September 2013:

**TOP 6.2.1 Wirtschaftsförderung; Verlängerung des Gültigkeitszeitraumes der KMU-Richtlinie
Vorlage: 0343/2013**

Auf Ziff. 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 11. September 2013 wird verwiesen. Der Kreistag fasste folgenden

Beschluss:

Der Verlängerung des Gültigkeitszeitraumes der KMU-Richtlinie bis zum 30.06.2014 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung bei 1 Gegenstimme

**TOP 6.2.2 Antrag der Kurverwaltung Nordseebad Dangast auf Gewährung eines Kreiszuschusses für das Projekt Welterbeportal
Vorlage: 0350/2013**

Auf die Ausführungen zu TOP 3.1.2 der KA-Niederschrift vom 11. September 2013 wird verwiesen; der Kreisausschuss hatte der Zuschussgewährung bei 9 Ja- und 2 Gegenstimmen zugestimmt.

Kreistagsabgeordneter Chmielewski erklärte seine Ablehnung. Es gehe nicht an, öffentliche Mittel in ein Projekt zu investieren, das im Außenbereich und damit im potenziellen Überflutungsgebiet liege – eine Ausnahme bildeten Maßnahmen des Deichschutzes. Trotz Überschwemmungsphasen in der Vergangenheit und trotz zu

erwartender Folgen des Klimawandels werde Geld für ein Bauwerk im Außenbereich investiert, das dem Tourismus diene. Es sei lediglich eine Frage der Zeit, bevor das Gebäude den Sturmfluten ausgeliefert sei. - Mit gestrigem Datum habe er, so Herr Chmielewski, einen Antrag an den Kreistag gestellt, die Förderrichtlinien des Landkreises Friesland zu ändern.

Gegen eine Zuschussgewährung sprach sich auch KTA Just aus. Zahlreiche Dangaster Bürger/innen hätten in der Sitzung des Kreis-Wirtschaftsausschusses vorgetragen, dass das geplante Bauwerk außendeichs liege und daher gefährdet sei. Nur 20 % der Fläche des Bauwerks seien überhaupt dem Weltnaturerbe gewidmet. 80 Prozent seien für touristische Zwecke – beispielsweise eine 80 qm große Sauna - vorgesehen, die nicht zwingend an dieser Stelle vorgehalten werden müssten. Der touristische Nutzen des Gesamtkonzepts sei von den Anwohnern grundsätzlich in Zweifel gezogen worden, denn die Eigenfinanzierung durch die Stadt Varel solle durch großen Grundstücksverkauf und den Bau vieler Eigentumswohnungen erbracht werden. Der ursprüngliche Charme des Ortes Dangast werde durch diese Bauten zerstört.

Massive Zweifel seien geäußert worden, ob sich für den Haushalt der Stadt Varel tatsächlich eine Entlastung ergebe.

Der Hauptgrund seiner Ablehnung, so Herr Just, sei die Tatsache, dass das Projekt gegen den Widerstand großer Teile der Bevölkerung in Dangast durchgeführt werden solle. Dieses Vorgehen widerspreche allen Grundsätzen demokratischen Handelns und werde den Entscheidungsträgern nicht verziehen werden. Insofern sollte die Angelegenheit an die Stadt Varel zurück gegeben werden mit dem Hinweis, sie möge zunächst eine Verständigung mit den Bürgern herbei führen und die geforderte Leitbilddiskussion in die Tat umsetzen, um einen breiten Konsens für die Entwicklung in Dangast zu finden. Danach könne ein erneuter Förderantrag an den Kreis gestellt werden. Nach heutigem Stand fehle die moralische Legitimation für eine Entscheidung.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke wies darauf hin, der Kreisausschuss habe nicht über die Sinnhaftigkeit des Projektes in Varel diskutiert. Gegenstand der Beratung sei ausschließlich die Förderfähigkeit der Maßnahme im Rahmen der Förderrichtlinien des Landkreises gewesen. Nur darauf ziele auch die heutige Beschlussfassung des Kreistages.

Frau Bödecker unterstrich, der Landkreis könne nur signalisieren, dass aufgrund seiner Förderrichtlinien die Bereitschaft bestehe, Mittel zu gewähren. Die politische Debatte sei Angelegenheit der Stadt Varel.

Landrat Ambrosy führte aus, der Landkreis Friesland als untere Deichbehörde sei mit dem Thema „Deicherhöhung“ an dieser Stelle seit Jahren befasst. Die Stadt Varel werde bei Umsetzung des Projektes alle Schritte mit der unteren Deichbehörde und mit dem II. Oldenburgischen Deichband abstimmen. Für die Planung habe die Stadt ein Oldenburger Fachbüro beauftragt; dieser Dienstleister sei vom II. Oldenburgischen Deichband empfohlen worden.

Die Arbeiten am Schutzdeich unterlägen – wie alle Baumaßnahmen außerhalb der Deichlinie – den strengen Kriterien der beteiligten Fachbehörden. Seinerzeit sei diskutiert worden, den Hauptdeich von der jetzt planfestgestellten Linie vorzuverlegen. Bei der damals angestrebten Außendeichböschung von ca. 1 : 4 hätte man allerdings fast keinen Strand mehr gehabt; diese Variante sei also sehr problematisch.

Der bestehende Schutzdeich werde bei den Bauarbeiten nicht aufgebrochen, sondern bleibe in seiner kompletten Substanz erhalten und werde um die zur Erhöhung notwendige Kleimenge ergänzt. Das Problem „Unterbestick Hauptdeich“ müsse also ohnehin parallel gelöst werden. Im Rahmen der Deichscharren sei dabei der II. Oldenburgische Deichband gefordert. Die Anschlussarbeiten am Außendeich fänden in Abstimmung mit den Deichbehörden bzw. mit dem II. Oldenburgischen Deichband statt. Die erforderlichen Kleimengen würden auf der Innenseite des Schutzdeiches aufgebracht bzw. zwischengelagert, so dass mit den Kleitransporten der Schutzdeich automatisch gestärkt werde. Beide Themen würden zwischen unterer Deichbehörde, Deichband, Nationalparkbehörde und Niedersächsischem Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz besprochen. Dies sei die Darstellung aus Sicht der Deichbehörde.

Herr Chmielewski erklärte, die Förderrichtlinien des Landkreises enthielten keine Vorgabe, die sichere Anlage der Kreiszuschüsse vorab zu prüfen. Daher habe er den Antrag gestellt, dieses Manko zu beseitigen. Investitionen im Überflutungsbereich sollten demnach nicht gefördert werden – es sei denn, es gehe um Deichschutzmaßnahmen oder Bauwerke, die diesen dienen. Insofern bitte er darum, eine Anpassung der Richtlinien zu überdenken. Man öffne sonst Tür und Tor für sinnlose Investitionen. Kein Mensch würde im vorliegenden Fall privates Geld für die in Dangast geplante Maßnahme investieren. Das Projekt sei auch bereits als Dienstleistungskonzept ausgeschrieben gewesen. Es habe sich kein Bewerber gefunden, der bereit gewesen wäre, das Projekt umzusetzen – weder vom Kostenvolumen noch von der Risikoabwägung her. Wieso müsse dann die öffentliche Hand derartige Risikoinvestitionen fördern?

Als Varel sei er auch durchaus für Tourismusförderung in Dangast, so Chmielewski. Es gebe aber Alternativen, die die Dorferneuerung vorgeschlagen habe und von anderen Fraktionen favorisiert worden seien. Das Entwicklungskonzept für Dangast sei insofern nicht alternativlos.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke führte aus, der Antrag von KTA Chmielewski auf Änderung der Förderrichtlinien mit dem Ziel, vor der Gewährung einer Förderung die Sinnhaftigkeit eines Projektes zu überprüfen, sei am Vortage bei der Kreisverwaltung eingegangen. Der Antrag werde den Gremien zugeleitet und sodann eine Beratung und ggf. Beschlussfassung eingeleitet.

KTA Neugebauer schilderte seine besondere Situation: Der Stadt Varel wolle er natürlich nicht schaden, indem er ihr Fördergelder vorenthalte. Zum anderen habe man heute viele Argumente gehört, die die Sinnhaftigkeit der Maßnahme in Frage stellten. Einer der wichtigsten Punkte sei die Tatsache, dass ein Großteil der Bevölkerung sich dagegen ausspreche – nicht nur die Dangaster. Das habe sich an der großen Beteiligung an der Unterschriftenaktion zur Durchführung eines Bürgerbegehrens am Wahlsonntag gezeigt. Die Menschen seien scharenweise bereit gewesen, ihre persönlichen Daten anzugeben.

Der Landkreis habe den Grundsatzbeschluss zur Förderung touristischer Maßnahmen. Trotzdem werde er, so KTA Neugebauer, gegen den Zuschuss für Dangast stimmen, weil seine Zweifel zu stark seien: Die Bevölkerung sei gegen das Projekt, man plane und baue in einem Überflutungsgebiet und für das eingesetzte Kapital zeige sich ein großes Risiko.

Die Ausführungen des Landrates bedürften der Richtigstellung: Es gehe nicht nur um den Deich. Alle seien dafür, den Deich zu erhöhen. Aber in diesen Deich hinein solle das Fundament für das Weltnaturerbeportal gebaut werden; das könne nicht funktionieren. Es gehe nicht an, eine Deichbaumaßnahme zu fördern und gleichzeitig über das Fundament für eine Neubau-Investition von rd. 5 Mio. Euro mit abzustimmen. Er bitte darum, so Herr Neugebauer, die Entscheidung über den Zuschussantrag zurückzustellen, um der Stadt Varel die Möglichkeit zu geben, über Alternativen nachzudenken.

Herr Ratzel regte an, in den Beschlussvorschlag einen Vorbehalt aufzunehmen, dass im Falle einer Änderung der Richtlinien der Beschluss hinfällig werde. Zurzeit sei die Maßnahme noch nicht begonnen. Sollten die Richtlinien nach intensiver Beratung geändert werden, gebe es ohne entsprechenden Vorbehalt kein Zurück mehr. Er bitte den Vorschlag zu überlegen.

KTA Böcker verwies darauf, seit ca. 35 Jahren bereits werde über die weitere Entwicklung von Dangast diskutiert. In Dangast fahre man über Jahre immer wieder Verluste ein. Nun gebe es ein Konzept, das von Stadt und Kurverwaltung getragen werde und eine Chance auf Verwirklichung habe. Bedauerlich sei, dass nun negative Argumente in die Diskussion getragen würden. Im besagten Bereich stehe seit 25 Jahren das DanGast Quellbad. Viele Dangaster wären erfreut, wenn es durch einen höheren Deich endlich abgesichert würde. Die Integration des Gebäudes in den Deich sei durch Fachkräfte genau berechnet worden. Insofern gebe es keine Bedenken, dass das Gebäude einmal „absaufen“ könne; gleichwohl sei eine Sturmflut in Dangast natürlich möglich. Die Diskussion müsse nun ein Ende haben; die Abstimmung zum Zuschussantrag sollte nicht vertagt werden.

Leider werde auch mit falschen Zahlen argumentiert. Vor zwei Jahren habe die Dangaster Bürgerinitiative erklärt, die gesamte Deichbaumaßnahme koste 19,4 Mio. Euro. Nun gehe es um einen Betrag von rd. 900.000 Euro. Die Bevölkerung werde verunsichert. Die von Herrn Neugebauer erwähnte Beteiligung an der Unterschriftenaktion gelte es zu hinterfragen: Vielen sei nicht bewusst, welche Forderung genau sie mit ihrer Unterschrift unterstützten. - Vor diesem Hintergrund bitte er, so Herr Böcker, um ein Ende der Diskussion und Entscheidung über die Zuschussgewährung in der heutigen Sitzung.

KTA Chmielewski stellte klar, die Bürgerinitiative habe keinesfalls dieselbe Baumaßnahme unterschiedlich bewertet. Anfangs sei die Diskussion eine andere gewesen: Damals sei Thema die Verlegung der Hauptdeichlinie vor das neue Bauwerk gewesen; es habe damals von einander abweichende Kalkulationen gegeben. Diese Planung sei nicht weiter verfolgt worden, weil eine richtige Hauptdeichlinie vor diesem Bauwerk aus Kosten- und Zeitgründen nicht realisierbar sei.

Herr Böcker habe des weiteren die nun anstehende Baumaßnahme von rd. 900.000 Euro angesprochen. Wenn es nur darum ginge, eine Altinvestition zu schützen, so stünde eine Förderung außer Frage. Aber die Rede sei von einer Deichbaumaß-

nahme, einem zusätzlichen Schutz, der keine richtige Deichlinie darstelle, aber eine Verbesserung des bisherigen Zustandes.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke unterbrach mit dem Hinweis, eine inhaltliche Diskussion dieser Art sei erst im Zusammenhang mit der Beratung über den von Herrn Chmielewski gestern eingereichten Antrag zu führen.

KTA Just führte aus, die von Herrn Böcker erwähnten Diskussionen in Varel seien bei den Mitgliedern des Kreistages nicht angekommen. Anlässlich der Beratung im Wirtschaftsausschuss hätten sich mehrere Dangaster Bürger der BI sachlich und eindrucksvoll zu Wort gemeldet. Dabei sei auf den kulturellen Stellenwert des Ortes und den Zusammenhang von Tradition und Tourismus in Dangast hingewiesen worden. Und es seien auch die von Herrn Neugebauer und Herrn Chmielewski angeführten Argumente vorgetragen worden.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke ließ zunächst über den **Antrag** der KTA Chmielewski und Neugebauer abstimmen,

den Tagesordnungspunkt zu vertagen, um der Stadt Varel die Möglichkeit zu geben, Alternativen zur bisherigen Beschlussfassung zu überdenken.

Der **Antrag auf Vertagung** wurde bei

6 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen
25 Gegenstimmen

abgelehnt.

Sodann wurde der **Beschlussvorschlag des Kreisausschusses vom 11. September 2013** zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Die Errichtung eines themenorientierten Portals und einer Promenade zum Leitthema „UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer“ wird als grundsätzlich förderfähig anerkannt. Der Kurverwaltung Nordseebad Dangast wird zur Teilfinanzierung der Maßnahme ein Kreiszuschuss in Höhe von 30 % der nicht durch Zuschüsse Dritter gedeckten förderfähigen Kosten, maximal jedoch 500.000 €, bewilligt, unter der Voraussetzung, dass die Landesmittel der NBank in der beantragten Höhe bewilligt werden.
2. Im Haushaltsjahr 2013 wird der erste Teilbetrag in Höhe von 100.000 Euro bereitgestellt und in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 weitere Teilbeträge in Höhe von jeweils 200.000 Euro eingestellt.
3. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach Baufortschritt unter Berücksichtigung der Haushaltslage des Landkreises Friesland.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitliche Zustimmung bei

27 Ja-Stimmen
5 Gegenstimmen
2 Enthaltungen

TOP 6.2.3 inform.: Neubesetzung Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH / Beschlussfassung sh. unter TOP 6.3.7 - KA 25.09.

TOP 6.3 - aus der Kreisausschuss-Sitzung vom 25. September 2013:

**TOP 6.3.1 Neuvergabe der Erziehungsberatung gem. § 28 SGB VIII
Vorlage: 0321/2013**

Der Kreistag nahm die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 5. September 2013 – TOP 5.1.1 – dargelegten Anforderungen der Verwaltung an die zukünftige Erziehungsberatungsstelle zur Kenntnis. Auf TOP 3.1.1 der KA-Niederschrift vom 25. September 2013 wird Bezug genommen.

TOP 6.3.2 Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses durch eine Vertreterin der evangelischen Kirche als stellv. beratendes Mitglied

Der Kreistag nahm TOP 3.1.2 der Kreisausschuss-Niederschrift vom 25. September 2013 zur Kenntnis und fasste folgenden ...

Beschluss:

Der Umbesetzung des Jugendhilfeausschusses mit **Frau Carola Wedel** – Vertreterin der evangelischen Kirche – als stellvertretendes beratendes Mitglied wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.3.3 Bezuschussung eines geländegängigen Kleinfahrzeuges für die Feuerwehr Zetel im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe
Vorlage: 0339/2013**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 25.09.2013 – TOP 3.1.3 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Der Gemeinde Zetel wird für die Feuerwehr ein Zuschuss für die Beschaffung eines geländegängigen Kleinfahrzeuges in Höhe von 2.050,- € im Rahmen einer außerplanmäßigen Ausgabe gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.3.4 Aufnahme der Grundschule Hohenkirchen in das Gebäude der Oberschule Hohenkirchen
Vorlage: 0340/2013

In Übereinstimmung mit dem Kreisausschuss – TOP 3.1.4 der KA-Niederschrift vom 25.09.2013 – beschloss der Kreistag wie folgt:

Beschluss:

Den außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 270.000 Euro für die Herrichtung der Klassenräume in der Oberschule Hohenkirchen wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.3.5 von der TO abgesetzt: Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung im Landkreis Friesland;
hier: u.a. Errichtung einer IGS im Südkreis

Landrat Ambr osy führte aus, der Schulausschuss habe darum gebeten, die Diskussion zur Schulentwicklungsplanung zu vertiefen und innerhalb der nächsten zwei Monate zum Abschluss zu bringen.

Am 11. November 2013 wäre nach bisheriger Planung eine Schulausschuss-Sitzung vorgesehen gewesen, so dass es sinnvoll sei, den Fachausschuss in die nochmalige Beratung mit einzubinden. Die Verwaltung schlage folgende Sitzungsabfolge vor:

- 4. November 2013 - Schulausschuss (statt 11.11.)
- 5. November 2013 - Kreisausschuss
- 6. November 2013 - Sonderkreistag

KTA Vehoff erklärte, den Fraktionen sollte ausreichend Zeit für eine Meinungsfindung gegeben werden. - Landrat Ambrosy verwies auf die sehr enge Terminlage der kommenden Wochen; man habe z. T. mit anderen Sitzungsterminen belegte Tage mit der vorgeschlagenen neuen Sitzungsabfolge beplant. Die Vorlage befinde sich dann bereits mehr als zwei Monate in der Entscheidungsfindung.

Die Verwaltung komme auf Wunsch gern in die Fraktionen, um Erläuterungen zu geben. Im Ergebnis der Überlegungen sollte es bei der nun vorgeschlagenen Sitzungsabfolge verbleiben.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke erklärte, für die Fraktionen und Gruppen sei eine ausreichende Diskussionszeit wichtig; dies müsse angesichts der nun noch verfügbaren vier Wochen gewährleistet sein. Den betroffenen Schulen müsse durch eine dann zu treffende Entscheidung Gelegenheit gegeben werden, sich auf neue Entwicklungen vorzubereiten.

KTA Ostendorf erklärte, für berufstätige Kreistagsabgeordnete, die Mitglieder in allen drei Gremien seien, stelle ein Sitzungsbeginn um jeweils 14.30 Uhr ein Problem dar.

An drei auf einander folgenden Tagen müsse man die Arbeitsstelle bereits mittags verlassen. - Seinen Vorschlag, Schulausschuss- und Kreisausschuss-Sitzung an einem Tage stattfinden zu lassen, sah Landrat Ambrosy kritisch. Man wolle sich nicht dem Vorwurf aussetzen, das Thema mit Zeitdruck und ohne Möglichkeit ausreichender Aussprache in jedem vorbereitenden Gremium zu forcieren. Zu überlegen sei, die Uhrzeiten zu verschieben.

(Anmerkung der Verwaltung:

In Absprache mit Frau Bödecker als Vorsitzender des Schulausschusses wurde der Sitzungsbeginn für den 4. November auf **17.00 Uhr** festgesetzt.)

Auf entsprechende Nachfrage von KTA Vehoff erklärte der Landrat, die Sitzungsvorlage Nr. 0355/2013 zum Schulausschuss vom 24.09.2013 bleibe Grundlage der Diskussion. Die Verwaltung arbeite mit Soll-Zahlen 2012/13; nun verfüge man über die Ist-Zahlen. Man werde Modellrechnungen anstellen, die man allen Kreistagsmitgliedern zukommen lassen und bei Bedarf ergänzen werde. Der Verwaltung zugegangene Fragenkataloge würden mit beantwortet. Modellrechnungen seien naturgemäß interpretierbar. Die insofern erweiterte Vorlage werde zur Diskussion gestellt. Zu bedenken sei, dass derzeitige Ist-Zahlen die Soll-Zahlen für das kommende Jahr seien. Die tatsächlichen Anmeldungen könnten sich jedoch ganz anders darstellen.

KTA Harms verwies auf einen aktuellen Bericht der Wilhelmshavener Zeitung. Er zitierte:

„Diejenigen, die am besten etwas zu den Auswirkungen auf die Schulen im Jeverland sagen könnten, müssen dieser Tage öffentlich schweigen. Der Landkreis hat den Schulleitern der weiterführenden Schulen in der Sache ein Redeverbot erteilt.“

Landrat Ambrosy trat den Ausführungen des Presseartikels entschieden entgegen: Ihm persönlich bzw. der Kreisverwaltung werde man wohl nicht ernsthaft unterstellen, tatsächlich ein Redeverbot erteilt zu haben. Überdies könne der Landkreis keinerlei diesbezügliche Weisungen erteilen, weil man personalrechtlich weder mit den Schulleitern noch den Lehrern irgendetwas zu tun habe. - Er sei über diese Behauptung in der Wilhelmshavener Zeitung sehr verärgert. Der Vorwurf an die Kreisverwaltung sei erheblich. Er hätte sich gewünscht, der zuständige Redakteur hätte sich – wie sonst auch üblich – telefonisch vorher erkundigt, was es mit dieser Behauptung auf sich habe.

Auch andere Tatsachenbehauptungen seien heute Morgen durch den Pressesprecher Herrn Klug richtig gestellt worden. Die entsprechende Pressemitteilung werde heute noch per Mail allen Kreistagsmitgliedern zugeleitet.

Er sei dankbar für die Möglichkeit, so der Landrat, an dieser Stelle auf die falschen Behauptungen der WZ eingehen zu können. -Denn das Gegenteil sei der Fall: In Bockhorn habe man die Schulleiter anlässlich der Info-Veranstaltung ausdrücklich ermuntert, an der Diskussion mitzuwirken. Gestern habe die Bildungsregion mit den Schulleitern getagt; dort sei rege diskutiert worden.

Seine Bitte an die Vertreter der Presse laute, zukünftig vor einer Berichterstattung das Gespräch mit der Kreisverwaltung zu suchen.

Zur Vorlage „Schulentwicklungsplanung“ rufe er ausdrücklich zu einer ausgiebigen Diskussion auf. Bislang sei die Verwaltung noch zu keiner Fraktionssitzung

eingeladen worden. Auch Schulleitungen könnten durch die Fraktionen eingeladen werden.

Auf Abfrage von Herrn Pauluschke beschloss der Kreistag einstimmig, noch Wortmeldungen von Herrn Vehoff und Frau Bödecker zuzulassen und sodann die Rednerliste zu schließen.

KTA Vehoff teilte mit, Herr Thöle sei Gast in der CDU-Fraktionssitzung gewesen; auch werde man die Gelegenheit nutzen, sich mit Schulleitern zu unterhalten. Ihm gehe es um die Frage, ob noch einmal neue Zahlen vorgelegt würden, die die zu ziehenden Konsequenzen beeinträchtigen könnten. Die bisherigen Zahlen seien z. T. sehr spitz gerechnet gewesen. - Herr Pauluschke verwies darauf, lt. Ausführungen des Landrates werde die Verwaltung über eine noch zu erarbeitende Vorlage ergänzende Zahlen und Stellungnahmen vorlegen.

Frau Bödecker führte aus, in der letzten Schulausschuss-Sitzung habe ausreichend Gelegenheit für eine Diskussion bestanden. Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass eine Aussprache aber im Grunde nicht stattgefunden habe; zu erwartende Fragen seien nicht gestellt worden.

Ganz bewusst habe sie seinerzeit die Sitzung unterbrochen, um den anwesenden Schulleitern Gelegenheit zu geben, ihre Fragen und Bedenken vorbringen zu können. Von dieser Möglichkeit sei kein Gebrauch gemacht worden; lediglich Frau Geisler habe eine Unterschriftenliste zum Außenstandort Zetel des Lothar-Meyer-Gymnasiums überreicht.

Im Anschluss an die Fachausschuss-Sitzung sei auf anderen Veranstaltungen lediglich Geschimpfe von Kollegen zu vernehmen gewesen, das für sie, so Frau Bödecker, vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar sei. Es werde Stimmung gemacht, die jeweils zum Vorteil der jeweils eigenen Schule genutzt werden solle. - Das sachlich aufgebaute Gesamtkonzept zur Aktualisierung der Schulentwicklungsplanung ziele auf eine Sicherung der Schulstandorte ab. Alle müssten daran interessiert sein, dörfliche Infrastrukturen zu erhalten und dem Wunsch der Eltern nach einer IGS nachzukommen.

Die Rednerliste wurde geschlossen.

**TOP 6.3.6 Jahresabschlüsse; hier: Jahresabschluss 2009 des Landkreises Friesland
Vorlage: 0357/2013**

Der Kreistag nahm die Ausführungen zu TOP 3.1.6 der KA-Niederschrift vom 25. September 2013 zur Kenntnis und fasste folgenden ...

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2009 des Landkreises Friesland wird zur Kenntnis genommen; der Beschluss über den Jahresabschluss und die Entlastung des Landrates wird in der Kreistagssitzung am 16. Dezember 2013 gefasst.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**TOP 6.3.7 Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH;
Benennung eines Mitglieds und eines stellv. Mitglieds für die
Amtszeit 2013 - 2016 (Vorschläge aus den KA-Sitzungen vom 11.
und 25.09.2013)
Vorlage: 0335/2013**

Gemäß Empfehlung des Kreisausschusses vom 25. September 2013 – TOP 3.1.7
der Niederschrift – beschloss der Kreistag wie folgt.

Beschluss:

Herr **Uwe Osterloh**, Wangerooge, wird als **Mitglied**, und Herr **Peter Nieraad**, Varel,
als **stellvertretendes Mitglied** für den Landkreis Friesland im Aufsichtsrat der
Wohnungsbaugesellschaft Friesland mbH vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.3.8 von der TO abgesetzt: Übernahme der Aufgaben nach dem SGB XII
und dem Asylbewerberleistungsgesetz von der Stadt Schortens auf
den Landkreis Friesland; Änderung der Heranziehungssatzungen**

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Über wichtige Beschlüsse war nicht zu berichten.

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Sitzung des Ausschusses Jobcenter Friesland vom 19. August 2013

**TOP 8.2 Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus,
Kreientwicklung und Finanzen vom 2. September 2013**

KTA Just erklärte, er habe zur Sitzung des WTKF einen Antrag hinsichtlich der
Auswirkungen des BGH-Urteils zur Rechtsunwirksamkeit von Preisänderungs-
klauseln für Gassonderkunden gestellt. Sein Antrag sei zurück gestellt worden, weil
man die Urteilsbegründung des BGH und eine endgültige Stellungnahme der EWE
abwarten wolle. Urteil und Stellungnahme lägen mittlerweile vor. Der TOP sollte
daher in der nächsten Sitzung des WTKF (04.12.) auf die Tagesordnung gesetzt
und dazu berichtet werden.

Landrat Ambrosy teilte mit, eine Vorabinformation über das BGH-Urteil werde die
Verwaltung demnächst allen Kreistagsmitgliedern übersenden; es handele sich

dabei um einen Auszug aus dem Vortrag der EWE in der Zweckverbandsversammlung (Übersendung ist erfolgt).

TOP 8.3 Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 4. September 2013

TOP 8.4 Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 5. September 2013

TOP 8.5 Sitzung des Ausschusses für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 9. September 2013

TOP 8.6 Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Kultur vom 24. September 2013

Zu den Ziff. 8.1 sowie 8.3 – 8.6 wurden keine Anfragen gestellt.

TOP 9 Mitteilungen des Landrates

Keine.

TOP 10 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

Keine.

TOP 11 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

Keine.

TOP 12 Anregungen und Beschwerden

Keine.

Kreistagsvorsitzender Pauluschke schloss die öffentliche Sitzung um 15.35 Uhr. Die Beratungen wurden ab 15.40 Uhr in nichtöffentlicher Sitzung fortgesetzt.

gez. **Bernd Pauluschke**
Kreistagsvorsitzender

gez. **Sven Ambrosy**
Landrat

gez. **Gerda Gerdes**
Protokollführerin